

Begutachtungsentwurf der Verordnung des Vorstands der E-Control zu Netzzugang, Kapazitätsmanagement und Bilanzierung im Gas-Marktmodell (Gas-Marktmodell- Verordnung 2012)

Stellungnahme der AGGM

Inhalt

Einleitung	2
Allgemeine Stellungnahme	2
Anmerkungen und Änderungsvorschläge zum Text des Verordnungsentwurfs	4

Einleitung

Am 02.04.2012 wurde von der Energie-Control Austria (in der Folge ECA) der Begutachtungsentwurf der „Verordnung des Vorstands der E-Control zu Netzzugang, Kapazitätsmanagement und Bilanzierung im Gas-Marktmodell (Gas-Marktmodell-Verordnung 2012)“ veröffentlicht. Die Marktteilnehmer sind eingeladen, zum vorliegenden Verordnungsentwurf bis 20.04.2012 schriftlich Stellung zu nehmen.

Die AGGM folgt der Einladung der ECA und nimmt in diesem Dokument zum Verordnungsentwurf der ECA Stellung. Dabei wird nur auf jene Inhalte und Fragen eingegangen, wo sich aus der Marktrolle des Verteilergebietsmanagers (VGM) ein Anmerkungsbedarf ergibt.

Allgemeine Stellungnahme

AGGM sieht bei Tagesbandbelieferung von Endverbrauchern bis zu einer vertraglichen Leistung von bis zu 50.000 kWh/h ein erhöhtes Prognoserisiko des untätigen Strukturierungsbedarfs, weil die Einflussfaktoren auf den nicht temperaturabhängigen Verbrauch der leistungsgemessenen Kunden nicht ausreichend genau bekannt sind. Das verfügbare Linepack reicht aus Sicht der AGGM nicht aus, um neben den Erfordernissen für die Netzsteuerung und den Ausgleich der Prognosefehler der SLP-Kunden auch noch die Konsequenzen aus dem oben angeführten erhöhten Prognoserisiko der Gruppe der leistungsgemessenen Kunden bis 50.000 kWh/h auszugleichen. Aus Gründen der Versorgungssicherheit sollte aus Sicht der AGGM daher lediglich eine Versorgung der SLP-Endkunden mit Tagesbändern in Erwägung gezogen werden.

Die AGGM erachtet den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung mit 01.01.2013 in dreierlei Hinsicht als kritisch:

- Wird der 01.01.2013 als Inkrafttretenstermin der Verordnung beibehalten, erfolgt die Systemumstellung im Winter, in dem saisonal bedingt eine angespannte Versorgungssituation herrscht. Umstellungsprobleme, die außerhalb der Wintermonate problemlos behebbar wären, könnten aufgrund der besonderen Versorgungssituation Auswirkungen auf die Stabilität des Gesamtsystems haben.
- Die Verordnung sieht zahlreiche Änderungen in den Abwicklungs-, Informations- und Abstimmungsprozessen vor. Angesichts des bestehenden Änderungsbedarfs ist die rechtzeitige IT-Umsetzung dieser Prozesse bei AGGM sowie bei anderen Marktteilnehmern als kritisch einzustufen.
- Der 01.01.2013 liegt in einem Zeitraum (24. Dezember bis 6. Jänner), der traditioneller Weise als Ferien- und Urlaubszeit genutzt wird. Bei einer Systemumstellung in dieser Größenordnung ist davon auszugehen,

dass die operativen Prozesse der einzelnen Marktteilnehmer nicht von Beginn an reibungslos ablaufen. Aus Sicht der AGGM ist die urlaubsbedingte Abwesenheit wichtiger Ansprechpartner zur effektiven Behebung auftretender Probleme als kritisch einzustufen.

In den nachstehenden Änderungsvorschlägen zum Verordnungsentwurf wurden diese inhaltlichen Anpassungen im Text allerdings nicht vorgenommen.

Anmerkungen und Änderungsvorschläge zum Text des Verordnungsentwurfs

In der Folge sind konkrete Anmerkungen und Änderungsvorschläge der AGGM zum Text des Verordnungsentwurfs (Stand 02.04.2012) angeführt und entsprechend begründet.

Anmerkungen zum 1. und 2. Teil des VO-Entwurfes

zu § 13

Ergänzungsvorschlag:

(x) Ist in der Verordnung gemäß § 70 GWG 2011 ein entsprechender Tarif vorgesehen, können Netzzugangsanträge von Endverbrauchern, deren Messwerte dem Verteilernetzbetreiber online zur Verfügung stehen, auf einen einschränkbaren Netzzugang gerichtet werden.

Begründung: Die Leistungsgrenze kann über einen entsprechenden Tarif in der GSNT-VO festgelegt werden. Aus Sicht der AGGM ist eine Onlineübertragung der entsprechenden Onlinemesswerte erforderlich, um die Einschränkung operativ überprüfen zu können. Der Absatz sollte deshalb wie in der Stellungnahme der AGGM vom 09.03.2012 beibehalten werden.

zu § 16

Ergänzungsvorschlag:

(x) Verteilergebietsmanager und Speicherunternehmen im Verteilergebiet haben die für die operative Abwicklung notwendigen Rechte und Pflichten in Verträgen zu vereinbaren.

Begründung: Für die operative Abwicklung sind Verträge erforderlich.

zu § 17

Ergänzungsvorschlag:

(x) Verteilergebietsmanager und Produzenten sowie Erzeuger von biogenen Gasen im Verteilergebiet haben die für die operative Abwicklung notwendigen Rechte und Pflichten in Verträgen zu vereinbaren.

Begründung: Für die operative Abwicklung sind Verträge erforderlich.

zu § 18 Abs. 5 und 6

(5) Die Bilanzierungsperiode im Marktgebiet ist der Gastag. Die Versorgung von Endverbrauchern mit dem Gastag als Bilanzierungsperiode hat als Tagesband (24 gleiche Stundenwerte, unter Berücksichtigung der 23 bzw. 25 Stunden bei Sommer-/Winterzeitumstellung) zu erfolgen. Renominierungen haben ebenfalls bandförmig bis zum Ende des Gastages zu erfolgen.

(6) Für mittels Lastprofilzähler gemessene Netzbenutzer mit einer mit dem Netzbetreiber vertraglich vereinbarten Höchstleistung von mehr als 50.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt gilt eine Stunde als Bilanzierungsperiode.

Anmerkung: Wie oben in der allgemeinen Stellungnahme ausgeführt, sollte aus Sicht der AGGM lediglich eine Versorgung der SLP-Endkunden mit Tagesbändern in Erwägung gezogen werden.

zu § 18 Abs. 7

Änderungsvorschlag:

(7) Die Bilanzgruppenverantwortlichen haben Fahrpläne und Nominierungen mit mindestens zwei Stunden Vorlaufzeit an den jeweiligen Vertragspartner im Marktgebiet zu übermitteln. ~~Für Großverbraucher mit einer vertraglich vereinbarten Leistung von mehr als 50.000 kWh/h sind von den Bilanzgruppenverantwortlichen Fahrpläne gesondert je Großverbraucher zu übermitteln.~~

Begründung: Großabnehmer-Fahrpläne sollen in Zukunft clearingrelevant sein, um deren Qualität für die Gasflussteuerung des VGM anzuheben.

zu § 18 Abs. 10

Änderungsvorschlag:

(10) Bilanzgruppenverantwortliche haben ~~jeweils getrennte Bilanzgruppen~~ für Netzbenutzer gemäß Abs. 5 und Abs. 6 ~~einrichten und für diese getrennte EinspeiseEndkundenfahrpläne zu erstellen. Der Ausgleich zwischen diesen Bilanzgruppen ist nur für die Bilanzierungsperiode gemäß Abs. 5 zulässig.~~

Begründung: Eine Unterscheidung bei der Versorgung von Endkunden mit Tages- oder Stundenbilanzierung braucht nur bei den Endkundenfahrplänen berücksichtigt werden. Eine Trennung in Bilanzgruppen zur Tages- und Stundenbilanzierung ist nicht erforderlich und würde bei Bilanzgruppen und Systembetreibern nahezu zu einer Verdoppelung des administrativen Aufwands führen.

zu § 25 Abs. 4 Z 1

Änderungsvorschlag:

1. die Versendung der allokierten Nominierungen bzw. Fahrpläne an Ein- und Ausspeisepunkten im Verteilerggebiet an der Marktgebietsgrenze je Bilanzgruppe ~~an der Marktgebietsgrenze im Verteilerggebiet~~ an den Marktgebietsmanager;

Begründung: Abänderung zur leichteren Lesbarkeit.

zu § 25 Abs. 6 Z 5

5. die Versendung von Endverbraucherfahrplänen, für die Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 5 und getrennt für jeden einzelnen Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 6 an den Verteilerggebietsmanager.

Anmerkung: Sollte gemäß AGGM-Vorschlag § 18 Abs. 5 nur SLP-Kunden umfassen, so wäre für Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 6 ein Summenfahrplan für lastganggemessene Endverbraucher bis 50.000

kWh/h und Einzelfahrpläne für Endverbraucher größer 50.000 kWh/h zu übermitteln.

zu § 25 Abs. 8 Z 3

Änderungsvorschlag:

3. die Erstellung der SLP-Verbrauchsprognosen gemäß § 28 und deren Übermittlung an den Verteilergebietsmanager oder der Versand der erforderlichen Basisdaten (Vorjahresverbrauch je Bilanzgruppe, ~~und~~ je SLP-Typ und je Temperaturzone unter täglicher Berücksichtigung der Änderungen im Netzzugang) für die Erstellung der SLP-Verbrauchsprognosen durch den Verteilergebietsmanager;

Begründung: Bei SLP-Prognoseerstellung durch den VGM ist auch eine Unterscheidung nach Temperaturzone erforderlich.

zu § 25 Abs. 8 Z 4

Änderungsvorschlag:

4. Messdaten für Netzbenutzer mit Lastprofilzähler, sofern diese täglich ausgelesen werden, werden von den Verteilernetzbetreibern je Versorger täglich zum Zwecke der Ermittlung und Bewertung von Offenen Positionen im Rahmen des Risikomanagements an den Bilanzgruppenkoordinator, an den Verteilergebietsmanager und den jeweiligen Versorger übermittelt. Auf Kundenwunsch sind diese Werte dem Kunden zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Die Übermittlung dieser Daten an den Verteilergebietsmanager verbessert die Prognosegenauigkeit hinsichtlich geografischer Gegebenheiten und die Datenbasis für die Langfristige Planung.

zu § 25 Abs. 8

Ergänzungsvorschlag:

x. die Fahrpläne über den Eigenverbrauch seiner besonderen Bilanzgruppe an den Verteilergebietsmanager;

Begründung: Entsprechend § 24 Abs. 5 hat die besondere Bilanzgruppe die am VHP beschaffte Menge für den Eigenverbrauch des Verteilernetzbetreibers als Endkundenfahrplan beim Verteilergebietsmanager anzumelden.

zu § 27 Abs. 2 und 3

(2) Die Bilanzierung für Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 6 erfolgt auf Basis der vom Bilanzgruppenverantwortlichen übermittelten Endverbraucherfahrpläne und der gemessenen Verbrauchswerte der Netzbetreiber bezogen auf Stundenwerte.

(3) Die Bilanzierung für Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 5 erfolgt auf Basis der vom Bilanzgruppenverantwortlichen übermittelten Endverbraucherfahrpläne und der vom jeweiligen Netzbetreiber übermittelten Verbrauchswerte bezogen auf Tageswerte.

Anmerkung: Es ist noch zu klären, ob Ausgleichsenergie für Verteilernetze und Biogasanlagen bezogen auf Stundenwerte oder Tageswerte verrechnet werden soll.

zu § 27 Abs. 6Änderungsvorschlag:

(6) Die SLP-Verbrauchsprognosen je Bilanzgruppe werden vom Verteilergebietsmanager in Kooperation mit den Verteilernetzbetreibern auf Basis der vom Bilanzgruppenkoordinator übermittelten standardisierten Lastprofile täglich für den Folgetag erstellt und ~~auf Anforderung des Bilanzgruppenverantwortlichen~~ vom Verteilergebietsmanager an die jeweiligen Bilanzgruppenverantwortlichen übermittelt.

Begründung: Dem Bilanzgruppenverantwortlichen ist die Nutzung der vom Verteilergebietsmanager übermittelten Prognose freigestellt. Im Sinne klarer Prozesse soll es keine kurzfristige Anforderung oder Abbestellung der Prognoseübermittlung geben.

zu § 27 Abs. 7Änderungsvorschlag:

(7) Bilanzgruppenverantwortliche melden je Bilanzgruppe ihre Endverbraucherfahrpläne ~~unter Berücksichtigung der für SLP-Kunden entsprechend den~~ vom Verteilergebietsmanager übermittelten SLP-Verbrauchsprognosen gemäß Abs. 6 oder ~~unter Berücksichtigung der entsprechend den~~ selbst erstellten SLP-Verbrauchsprognosen an. Die Bilanzierung der SLP-Kunden erfolgt anhand der übermittelten Verbrauchswerte der jeweiligen Verteilernetzbetreiber auf Basis der tatsächlich gemessenen Temperatur.

Begründung: Für alle Endverbraucher, die gemäß § 24 Abs. 5 mit Tagesbändern zu versorgen sind (SLP-Kunden und lastganggemessene Endverbraucher bis zu 50.000 kWh/h), wird ein gemeinsamer Fahrplan abgegeben.

zu § 28 Abs. 1Änderungsvorschlag:

(1) Der Verteilergebietsmanager erstellt in Kooperation mit dem jeweiligen Verteilernetzbetreiber je Netzbereich, je Bilanzgruppe und je SLP-Typ mittels geeigneter Temperaturprognosen eine SLP-Verbrauchsprognose bis 12.00 Uhr für den Folgetag und übermittelt diese ~~bei Bedarf~~ an den jeweiligen Bilanzgruppenverantwortlichen sowie die Summe der SLP-Verbrauchsprognosen an den Marktgebietsmanager.

Begründung: Siehe Begründung zu § 27 Abs. 6.

zu § 28 Abs. 5 und 6

(5) Die Fernleitungsnetzbetreiber führen ein Konto über die Nutzung des Netzpuffers der Fernleitungen. Der Verteilergebietsmanager führt ein Konto über die Nutzung des Netzpuffers im Verteilergebiet. Der Verteilergebietsmanager verpflichtet sich, die Salden der OBA-Konten in Abstimmung mit dem Marktgebietsmanager ~~zu einem zeitnah durchzuführenden Rücklieferprogramm~~ im Wege der Nutzung des Netzpuffers im Verteilergebiet oder von Ausgleichsenergieabrufen an der Erdgasbörse am virtuellen Handelspunkt oder von der Merit Order List zeitnah zurückzuführen. Die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichten sich in Abstimmung mit dem Verteilergebietsmanager zu einem zeitnah durchzuführenden Ausgleich des Netzpuffer-Kontos im Wege der Nutzung des Netzpuffers der Fernleitungen oder von Ausgleichsenergieabrufen am Virtuellen Handelspunkt.

(6) Die Vorhaltung und der Einsatz von Regelenergie aus Netzkopplungsverträgen werden weder bilateral zwischen den Netzbetreibern noch vom Marktgebietsmanager oder Verteilergebietsmanager bzw. Bilanzgruppenkoordinator gesondert vergütet. Die Vorhaltung und der Einsatz von Regelenergiemengen aus Netzkopplungsverträgen werden entsprechend der Regelungen in den Netzkopplungsverträgen protokolliert. ~~und bei~~ Überschreiten von Toleranzen sind die Salden der OBA-Konten zeitnah zurück zu führen in Form von Rücklieferprogrammen abgegolten. Regelenergie aus Netzkopplungsverträgen, welche für das Verteilergebiet eingesetzt wird, wird vom Bilanzgruppenkoordinator auf dafür eingerichteten Konten geführt. Für den Fall, dass ~~Rücklieferprogramme für~~ Regelenergie aus Netzkopplungsverträgen über die an der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt oder die Merit Order Listaufgebracht ~~werden wird~~, geschieht dies im Namen und auf Rechnung des Bilanzgruppenkoordinators.

Begründung: Der Begriff „Rücklieferprogramm“ entstammt dem Elektrizitätsrecht und weist somit eine spezifisch elektrizitätsrechtliche Vorprägung auf. Eine Übernahme des Begriffs in das Gasrecht ist daher nicht sachgerecht.

zu § 29 Abs. 8

Änderungsvorschlag:

(8) Die zur Umsetzung des Einsatzes von Regelenergie notwendigen Rechte und Pflichten sind zwischen Marktgebietsmanager, Fernleitungsnetzbetreibern, ~~und~~ Verteilergebietsmanager und Verteilernetzbetreibern vertraglich zu vereinbaren.

Begründung: In diesem Zusammenhang sind auch die Verteilernetzbetreiber vertraglich mit einzubeziehen, um den Einsatz von Regelenergie, insbesondere auch an den Abzweigpunkten, aus dem Fernleitungsnetz in das Verteilergebiet zu regeln.